

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

273 (22.11.1930)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterweite 12 1/2 Dinng, Gegendrucken 10 Dinng o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung des Abgabens, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontour außer Kraft tritt o. Gelddruck- und Verlagsbuchh. in Karlsruhe L. D. o. Schlus der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 15 Dinng o. Gehört 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellungs 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Januar 7020 und 7021 o. Poststempel-Postamt: Karlsruhe, Hauptstraße 9, D.-Boden, Jagdstraße 12; Raftel, Hofenstraße 2; Offenburg, Tempelstraße 2

Nummer 273 Karlsruhe, Samstag, den 22. November 1930 50. Jahrgang

Besteuert Aufsichtsräte

Der Staat soll zugreifen beim mühelosen Gewinn

Berlin, 21. Nov. (Eig. Draht.) In der Freitagssitzung des Ausschusses des Reichstags wurde bei der Diskussion über die Besteuerung der Aufsichtsräte das gesamte Problem der Besteuerung der Aufsichtsräte besprochen. In diesem Zusammenhang sind folgende Darlegungen sehr interessant:

Bereits im Jahre 1927 hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag eingebracht, eine Liste der Abgeordneten zur Kenntnis zu bringen, die Posten als Aufsichtsräte von Privat- oder Industrieunternehmen inne haben. Der Einfluß des Privatkapitals auf die einzelnen parlamentarischen Gruppen hat sich in der Zeit noch erhöht. Um endlich Klarheit über die Beziehungen der Mitglieder des Reichstags zu den kapitalistischen Großunternehmen zu schaffen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Mitglieder des Reichstags sind verpflichtet, dem Präsidenten des Reichstags mitzuteilen, ob und in welchen Unternehmen (öffentliche oder private Unternehmen) sie Posten als Aufsichtsratsmitglieder inne haben.

Der Präsident des Reichstags führt eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder und bringt sie jährlich zur Kenntnis des Reichstags. Die Stellung dieses Antrags ist nötig, weil aus den vorhandenen Unterlagen genaue Feststellungen über die Beteiligung von Parlamentariern an privatkapitalistischen Unternehmen sich nicht machen lassen.

Der Antrag sieht das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte als ein recht anschauliches Bild, von der Verknüpfung parlamentarischer Interessen mit den Interessen des Privatkapitals. Nach dem Handbuch, Ausgabe 1930, haben von den 577 Abgeordneten des Reichstags 76 Abgeordnete Sitze in Aufsichtsräten. Die Gesamtzahl der Aufsichtsratsposten beträgt 307. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien:

Von den 41 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei haben 9 Mitglieder insgesamt 18 Aufsichtsratsposten. Von diesen 18 sind 4 Posten in öffentlichen Unternehmen.

Von den 30 Mitgliedern der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben 10 Mitglieder 67 Aufsichtsratsposten. Von diesen 67 sind 10 in öffentlichen oder Parteiu Unternehmen.

Von den 11 Mitgliedern der Wirtschaftspartei haben von 23 Mitgliedern 4 Mitglieder 11 Aufsichtsratsposten; 4 davon sind Posten in öffentlichen Unternehmen.

Von den 21 Mitgliedern der Fraktion des Deutschen Landvolks haben insgesamt 9 Aufsichtsratsposten; 3 davon sind Posten in öffentlichen Unternehmen.

Von 19 Mitgliedern der Fraktion der Bayerischen Volkspartei haben 6 Mitglieder 13 Aufsichtsratsposten; 7 davon sind Posten in öffentlichen oder Parteiu Unternehmen.

Von den 68 Mitgliedern der Zentrumsfraktion haben 18 Mitglieder 65 Aufsichtsratsposten; davon sind 33 Posten in öffentlichen Parteiu Unternehmen.

Von den 14 Mitgliedern der Deutschen Staatspartei, von ihnen 14 Mitglieder haben 107 Aufsichtsratsposten. Davon ist ein Posten in einem öffentlichen Unternehmen.

Von 143 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion haben insgesamt 33 Aufsichtsratsposten. Alle 33 Sitze in öffentlichen oder Parteiu Unternehmen. Da die Zahl der öffentlichen Unternehmen in den letzten Jahren unermesslich ist und das Parlament in allen diesen Unternehmen vertreten ist, ist diese Zahl einmal besonders hoch zu nennen.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehören den kapitalistischen Unternehmen in keinem Falle an. Die Aufsichtsratsmandate sind in allen Fällen das Ergebnis ihrer parlamentarischen und parteipolitischen Tätigkeit. Materielle Vorteile sind für den Einzelnen nicht damit verbunden. Ganz anders verhält es sich bei den bürgerlichen Parteien. Hier überwiegen die Parteien, die Sitze in privatkapitalistischen Unternehmen haben.

Die neue Reichstags eine Verfestigung des Einflusses des Privatkapitals bei einzelnen Fraktionen festzustellen. Es ist auf die Fraktion der Deutschen Staatspartei hingewiesen, die im Jahre 1927 „nur“ 84, heute aber bereits 107 Aufsichtsratsposten inne haben.

Überhaupt man die Abgeordneten nach der Zahl der auf sie entfallenden Aufsichtsratsposten, so erhält man das Ergebnis, daß 14 Abgeordnete 3 bis 5 Aufsichtsratsposten, 12 Abgeordnete 6 bis 10 Aufsichtsratsposten inne haben. Von diesen 26 Abgeordneten der neuen Reichstags sind 10 Abgeordnete der Deutschen Staatspartei Fischer-Kahn, 10 Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, der Domänenminister Kuntz, 10 Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, der ehemalige Finanzminister Reinhold 20, der neue Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und Veranfallter nationalsozialistischer Fraktion 2. Staats 42 Posten. Gerade die letzten vier sind in Widerspruch des Staatsinteresses mit den privatkapitalistischen Sonderinteressen das Privatinteresse den Sieg davon zu tragen hat.

Der sozialdemokratische Antrag hat zwei Ziele: Einmal soll durch die Veröffentlichung festgestellt werden, wie stark im Reichstagsmandat die kapitalistischen Interessen mit dem Reichstagsmandat verknüpft sind. Aber darüber hinaus führt der sozialdemokratische Antrag zu dem Ziel, auf dem Gebiete der Besteuerung von privatkapitalistischen Aufsichtsratsposten bei Parlamentariern entgegengetreten werden kann. Der Antrag ist ein Beispiel dafür, wie

die Sozialdemokratie stets nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat darnach strebt, die Vereinerung des öffentlichen Lebens durchzuführen.

Finanzkondale vor der französischen Kammer

Paris, 21. Nov. (Eig. Draht.) Der Kampf um die Aufhebung der politischen Hintergründe des Duffric-Standals hat im ersten Gang eine glatte Niederlage Tardieus gebracht. Nicht nur seine eigene Fraktion, die Gruppe der republikanischen Linken, ist aus Rücksicht auf die Wähler von ihm abgefallen, sondern auch die zuständige Kommission hat mit 16 gegen 12 Stimmen beschlossen, die von den Sozialisten und den Radikalen geforderte parlamentarische Untersuchung auszulassen. So hat sich Tardieu genötigt gesehen, seine stolze Anklage, er werde die Vertrauensfrage gegen jede Anklage stellen, selbst zu demontieren und einleitend zu versichern, daß er natürlich ebenfalls volle Aufklärung wünsche, daß jedoch ein Eingriff in das schwebende Gerichtsverfahren nicht zulässig sei.

Frankreichs Sozialisten gegen die Aufrüstung

Paris, 21. Nov. (Eig. Draht.) Die sozialistische Kammerfraktion hat am Freitag beschlossen, bei der Abstimmung über die Genehmigung eines Ausnahmehaushalts von einer Milliarde für die Auffüllung der Munitionslager und Beereschiffe gegen die Regierung zu stimmen. Die Abgeordneten Renaudel und Paul Faure wurden beauftragt, den Standpunkt der Fraktion in der Debatte zur Geltung zu bringen.

Interessentenhaufen

Kapitalistische Anwält als Gesetzgeber / Der Einfluß des Großkapitals im Reichstage / Beseitigt einen solchen Zustand

Berlin, 21. Nov. (Eig. Draht.) In der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde zunächst die allgemeine Ausdrucksfrage über die gesamte Notverordnung mit einer Rede des kommunistischen Abgeordneten Torgler fortgeführt, in der er den schon tausendmal vorgebrachten Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, daß sie gegen die sofortige glatte Aufhebung der Notverordnung sei, neu erhoben. Abg. Hermann Müller-Franken (Sos.) erwiderte ihm, daß die große in Deutschland besonders bei den Arbeitern bestehende Notlage sich unendlich verschlimmern würde, wenn jetzt die Notverordnung mit einem Male aufgehoben würde, ohne daß sofort etwas anderes an die Stelle treten könnte. Das Erste, was geschehen würde, sei der sofortige völlige Zusammenbruch der Arbeitslosenversicherung, und ob den Arbeitern damit ein Dienst erwiesen sei, darüber brauche doch kaum diskutiert zu werden. Die Kommunisten sollten doch froh sein, und sind sicherlich innerlich froh, daß bei uns in Deutschland an Stelle der demokratischen nicht eine Rechtsregierung stehe. Dann würden sie sofort von der Bildfläche verschwinden, wie das in anderen Ländern, so in Finnland alsbald geschehen sei. Ein Antrag der Kommunisten, nimmere über die gänzliche Aufhebung der Notverordnung abzustimmen, wurde abgelehnt. Der deutschnationale Abgeordnete Gottscheiner erstattete dann das Spezialreferat über die Reichshilfe der Peripheren des öffentlichen Dienstes. Auf eine Frage des Referenten erklärte der Staatssekretär des Finanzministeriums, Schäffer, daß in der Tat einige Kündigungen der Angestellten des Reiches erfolgt seien, aber nicht mit dem Ziel des Ausschleuderns, sondern nur zu dem Zweck, die Besätze im gleichen Maße wie bei den Beamten füllen zu können. Die Rechtfertigung dieses Schrittes liege darin, daß die Angestellten bei den Behörden sehr viel gesicherter dastünden als bei den Privatunternehmen.

Von Abg. Keil (Sos.) wurde erklärt, daß die Sozialdemokratie einer Reichshilfe der Peripheren des öffentlichen Rechts nicht grundsätzlich entgegensetze. Die Forderung, daß solchen Peripheren, die in gesicherter Stellung seien, Opfer zu Gunsten der Erwerbslosen zugemutet werden, sei an sich berechtigt. Mit dieser grundsätzlichen Stellung ist aber nicht gesagt, daß die Sozialdemokratie einverstanden sei mit dem Wobus, in dem diese Reichshilfe erhoben werden solle. Die Sozialdemokratie habe eine **progressive nach oben gestaffelte Abgabe** verlangt, und hält heute noch eine solche für richtig, wöbunge die Verordnung eine degressiv Staffellung nach oben vorlebe. Nun habe aber der Reichstag beschlossen, daß eine neue Regelung schon am 1. Februar 1931 eintreten solle. Es erliehen daher nicht zweckmäßig, für die wenigen Wochen noch eine andere Regelung als vorgegeben, zu verlangen.

Anders liegen die Dinge bei den Bezügen der Aufsichtsratsmitglieder. Hier steht die Sozialdemokratie nach wie vor auf dem Boden ihres leib abgelehnten Antrags, auf diese Bezüge eine Steuer in Höhe von 20 Prozent zu erheben. Diese Bezüge werden mühelos erworben, häufen sich in zahlreichen Fällen in der gleichen Hand und eine solche Steuer sei daher selbst in normalen, aber vor

Preissenkung für Ruhr- und Fettförderkohle ab 1. Dezember

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenföndikat beschloß, die Kohlenpreise vom 1. Dezember ab herabzusetzen unter der Voraussetzung, daß vom 1. Januar 1931 ab eine entsprechende Senkung der Löhne erfolgen werden. Es wurde beschlossen, den Preis für Fettförderkohle vom 1. Dezember ab um 1,50 M herabzusetzen und die übrigen Kohlen-, Koks- und Bricketpreise in ungefähr gleichem prozentualen Verhältnis zu senken.

Krawalle in der Königsberger Universität

Beschämende Entschuldigung des Rektors

Im Ausschüß an eine Langemarck-Gedenkfeier kam es wegen der Entfernung von Schleißen an einer Protestkundgebung vor der Königsberger Universität. Ein starkes Polizeiaufgebot war herangezogen worden. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei, wobei diese mehrfach vom Gummitrödel Gebrauch machte. Auch mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Eine Abordnung der Studentenschaft überreichte dem Senat die Forderungen der Studentenschaft. Diese verlangte eine Entschuldigung der Polizei, Wiederanbringung der entfernten Schleißen und ein Bedauern des Senats, daß der Rektor die Polizei gerufen habe.

Nach mehrstündiger Beratung wurde durch den Rektor der Senatsbeschluss bekanntgegeben: Der Rektor hat die Schutzpolizei nicht gerufen. Rektor und Senat bedauern lebhaft die Verletzung akademischen Bodens durch die Polizei. Sie bedauern es auch, daß Übergriffe der Polizei vorgekommen sind. Der Rektor suchte nach den geltenden Bestimmungen die Aufschriften auf den Schleißen nicht auszulassen. Nach den Erklärungen der Studentenschaft gestattete der Senat jedoch, daß die Schleißen ausnahmsweise in der alten Form wieder angebracht werden. Die akademische Behörde wird die Schleißen wieder anbringen.

allein in der jetzigen Zeit durchaus berechtigt. Seine Partei werde daher und zwar mit Rückwirkung vom 1. April 1930 eine Bestenung der Aufsichtsratsbesüge mit 20 Prozent verlangen. Verwaltungstechnisch würde eine solche Besteuerung mit rückwirkender Kraft keine erhebliche Mehrarbeit verursachen.

Abg. Wotjak (Dpt.): Man muß immer wieder darauf hinweisen, daß der Grundgedanke der Reichshilfe unrichtig sei, weil er einzelne Bevölkerungsteile zur Spezialbesteuerung die Beamtenchaft herausgreife. Es sei keine Staatskunst, wenn bei dem Finanzausgleich gegenüber Ländern und Gemeinden die Reichsregierung nicht hätte durchdringen können, nun den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die Beamten die Kosten tragen zu lassen, die anderswo nicht einzubringen gewesen wären.

Abg. Kippel (Christlich-sozial) sprach sich für die Reichshilfe aus, hielt aber eine Veredelung (lokale Staffellung) für notwendig.

Abg. Torgler (Kom.) fragte, ob der Staatssekretär des Finanzministeriums unmißverständlich erklären könne, daß mit den Kündigungsbeschlüssen, die jetzt angeblich zur Erreichung der Gehaltsfüllung an die Behördenanstellungen verhandelt werden, nicht auch der Zweck mitverfolgt werde, beliebige Anwesenheitsstellen im Rahmen einer sogenannten Rationalisierung endgültig zu kündigen.

Staatssekretär Dr. Schäffer (Reichsfinanzministerium) antwortete, daß nach dem Wortlaut des diesbezüglichen Erlasses, der an alle nachgeordneten Behörden berichtet sei, derartige Befürchtungen nicht begründet seien.

Abg. Gottscheiner (Dk.) fragte nunmehr, ob die Reichsregierung vor habe, überhaupt über den normalen Maßstab hinaus (bei Dienstverfehlungen, Ungeeignetheit usw.) Entlassungen von Behördenanstellungen vorzunehmen.

Staatssekretär Dr. Schäffer vom Finanzministerium erklärte, daß naturgemäß Ersparnisse der Personalausgaben auch zu Entlassungen führen müßten. Im größeren Maßstab würden Entlassungen dort erfolgen, wo einzelne Behörden oder einzelne Arbeitsgruppen aufgelöst würden.

Frau Abg. Bohm-Schuch (Sos.) fragte, ob es zutrefte, daß Kündigungen ausgebrochen werden, um namentlich weibliche Angestellte in eine tiefere Gehaltsgruppe herabzudrücken.

Staatssekretär Dr. Schäffer erwiderte, daß Kündigungen zum Zweck der Umstellung nicht in größerem Maße erfolgt seien. Allerdings sei es in einzelnen Fällen bei Umorganisationen der Behörden notwendig, Angestellte, die anderweitig beschäftigt werden, auch dieser veränderten Beschäftigung gemäß neu einzustufen. Um aber etwaige Unbilligkeiten nach Möglichkeit zu vermeiden, sei eine scheidungsgerichtliche Stelle eingerichtet worden, der es obliegen würde, darüber zu wachen, daß derartige neue Einkufungen auch wirklich nur nach sachlichen Gesichtspunkten geschehen und daß unnötige Härten vermieden werden.

Hierauf vertagte sich der Ausschüß auf Samstag.

„Novemberverbrecher“

„Novemberverbrecher“, von Dr. H. Kemmele, bad. Kultus- und Schulminister. Volkshandverlag, Kreis 10 Pfa. G. Sch. Der politische Kampfschrift „Faschistische Treibhauskultur“, hat Genosse Kemmele soeben eine zweite Festschrift folgen lassen, die eine badische Ergänzung der berechneten Literatur über Deutschlands Zusammenbruch im Weltkrieg darstellt. Kemmele beweist, auf den Vorwänden in Baden ruhend, wie verlogen und erbärmlich der heute sogar verstärkt erhobene Vorwurf ist, als hätten Sozialdemokraten den Zusammenbruch Deutschlands im Weltkrieg verschuldet, während doch alle Tatsachen beweisen, daß die kaiserliche militärische und politische Leitung, die ungeheure Mißachtung des Volkes auch während des Krieges, der Mangel an Allernützlichsten und die Uebermacht der Gegner an Menschen und Materialien wie an Finanzen, Deutschlands Widerstand zusammenbrachten.

Kemmele schildert, wie man das an ihm gewohnt ist, streng sachlich, ihm kommt es immer auf Tatsachen, nicht auf Behauptungen und Effekte an. Dem bleibt er auch bei einer kurzen Zeichnung der politischen Vorkriegsverhältnisse treu. Wie wahrhaftig und tüchtig auch verlogen die Kriegsspielpropaganda der mahnenden burrapatriotischen Kreise in Deutschland war, ist zur Genüge bekannt; ebenso die Tatsache, daß durch die Oberste Seeresleitung das deutsche Volk mindestens von 1917 an systematisch über die wahre Kriegslage irreführt worden ist. Eine Erkenntnis, die wenige Tage vor dem endgültigen Zusammenbruch bekanntlich der einst allmächtige Führer der preussischen Konfessionen, Herr v. Seydewitz, unter Tränen in die Worte gekleidet hat: „Wir sind jahrelang belogen und betrogen worden.“

Uns interessiert hier die badischen Annerzionisten und untertänigen Heimkrieger. Da ist zunächst der fassbare bekannte Rechtsanwalt und Reaktionsar Schmidt-Bretten, der als Kriegserichter maßlos die feindlichen Divisionen unter persönlicher Todesverachtung niederkämpfte hat. 1917, als ein einziger Sieger Deutschlands außer dem Narren Wilhelm nur noch stellvertretende kommandierende Generale und ihre Suite, Oberlehrer und Universitätsprofessoren, alte Kriegervereiner und eine allmächtige Bureauplatte im trauten Verein mit sonstigen deutschen Spießbürgern glaubten, rief Schmidt-Bretten der Reichsregierung zu, beim Friedensschluß ja nicht schwächlich zu sein. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg müsse durchgeführt werden, das England nur noch die Wahl bleibt, sich auf Gnade und Ungnade unter dem Willen zu unterwerfen oder sein Volk Hungers sterben zu lassen. „Ein solcher auch damals schon klar erkennbarer Wille konnte nicht nur geschrieben werden, sondern auch in „hohen“ Kreisen Zustimmung und Anerkennung finden. Denn für Herrn Schmidt-Bretten hat sich ja seine Niederwerfung aller Feinde Deutschlands mit der Feder und dem großen Mundwerk ausgezeichnet gelohnt. Er verlangte die Annexion der französischen Kohlen- und Erzlager, (Frankreich müsse es zuzustimmen werden), ein Glacis zwischen Frankreich und Deutschland, Übernahme der Pflichten des adriatischen Meeres von Mesines bis Balone auf Kosten der Italiener und — großartig, wie Schmidt-Bretten auf Kosten anderer sein kann — auch die Verbündeten sollten reichlich belohnt werden. Der Herr Kriegserichter verteilte, mindestens swanzig Kilometer fern vom nächsten Einschlag feindlicher Granaten, in Tausenden von Quadratmeilen die Länder Europas. Das ER 1 ist ihm offensichtlich nicht vorzuenthalten geblieben. Natürlich durfte die Mannheimer Handelskammer nicht hinter dem todesmutigen Kämpfer aus der Stadt Melanchthons zurückstehen. Sie forderte die Einverleibung aller agrarischen und industriellen feindlichen Gebiete, die nach Auffassung der eroberungswütigen Kriegsgewinnler nötig waren. Die „Frontkämpfer“ vom nationalliberalen Mannheimer Generalanzeiger und ihr im Granatboogel „erprobter“ Chef, versuchten den Prinzen Max im Sinne der Eroberungspolitik anzuspornen. Und die Masse, die draußen wirklich kämpfte und ihr Leben einsetzte, wurde von den nationalsozialistischen Stammtischbeden des Generalanzeigers u. a. wie folgt bestimmt:

Politiker haben die Befürchtung, daß das triebhafte und kumpfe Denken der Masse, das die ungeheuren Fragen der ganzen Politik gar nicht messern kann, die Leitung des Staates in seinen großen und entscheidenden Angelegenheiten nach außen und innen gewinnen und daß der aristokratische Einfluß und Einschlag sowohl der Geburt wie auch der ererbten Persönlichkeit verloren gehen oder allzu sehr zurückgedrängt werde.

Aber auch eine hohe Großherzogliche Regierung und strebsame großherzogliche Beamte denken und planen große deutsche Zukunftspäne. Natürlich waren auch sie dabei, wenn im Osten, Süden, Westen und Norden Europas gehörig zugegriffen wurde, aber zunächst blickten sie auf Elßah-Lothringen. Zwar hatte die Budgetkommission der 2. Kammer im Dezember 1915 noch Bedenken dagegen, das Elßah an Baden anzualliedern, von wegen den Eisenbahnen usw., aber die Handelskammer Schorheim hatte sich doch schon mit dem Gedanken abgefunden, das Oberelßah „badisch“ zu machen. Der Mannheimer Handelskammer wurde jedoch davon, weil im Elßah so viele sozialdemokratische und Zentrumstimmen abgegeben wurden. Wenn es aber nicht anders gehe, war die Mannheimer Handelskammer mit einer Aufstellung von Elßah-Lothringen, Posen und Baden einverstanden. Die normalerwerbenden elßahischen Sozzen und Schwarzen sollten dann die Preußen und Bayern nicht allein schluden. Wobin Strahburg — O Strahburg, o Strahburg... — fallen sollte, darüber zerbrach man sich in süddeutschen Ministerien die hellen Köpfe. Aber die sechs oberelßahischen Kreise (Altkirch, Colmar, Gebweiler, Müllhausen, Rappoldswiller und Thann) waren als sicher in der badischen bürgerlichen Presse und im Ministerium dem „Muschlerland“ angegliedert. Und mit dem staatsmännlichen Weitblick, der nur monarchistischen Regierungen, Beamten und Sachbeamten eigen ist, hatte die Großherzogliche Regierung bereits für die Eingliederung des Oberelßah alle Vorbereitungen getroffen: sie hatte Kreisdirektoren für diese sechs Kreise bestimmt. Und wer sollte es werden? Die Herren Dr. Veers, unser verkloppener Kultusminister, Dr. Bard, Wintermantel, Arnsvorger und Dr. Fecht. Hatte sich was, mit den badischen Kreisdirektoren im Oberelßah! Natürlich wurden die Schwaben über die badischen Annerzionspäne wütend; sie erhoben denn auch Widerpruch. Hatten diese förmlichen und großherzoglichen Regierungen damals Sorgen!

Daß der Krieg für Deutschland verloren gehen könnte, daran dachten die Herrschaften nicht; sie vertrauten, wie das der alte Spruch einmal so schön in der Budgetkommission des Reichstages ausdrückte, „auf Hindenburgs Hammer und Ludendorffs Schwert“.

Dann kam der Zusammenbruch. Schlatternden Gebelns, mit hängenden Köpfen und Lippen schloßen nunmehr die Stützen des Thrones und die Eroberungspolitik umher. Am 11. Oktober 1918 versammelte Minister von Bodman die badischen Amtmänner in Baden-Baden und hauchte ihnen das nahe Ende vor. Die

Amtmänner sollten in „geeigneter“ Weise das Volk verständigen. Nun ging das Geräusch und Getuschel los, besonders auch in den Kaffeefränken der Damen der höheren Bureauplatte. Herr Staatsanwalt Obkircher in Waldsbut war entsetzt, schrieb an Bodman und Erzellen bekam es mit der Angst vor der eigenen Courage zu tun. Verfügungen und Erlasse flogen durchs Land: Vorsicht, Mundhalten. Herr Geh. Hofrat Reßmann bemühte sich, andere Würdenträger ebenfalls. Keiner wollte die Bodmanschen Mitteilungen weitergeben haben; nur einer bekannte sich dazu, sie seiner Frau „streng vertraulich“ anzuheben, was der Dame sicher im nächsten Kaffeefränkchen ungeheurer Bewunderung eintragen hat.

Die tollsten Gerüchte schwirrten umher, nur die eine Behauptung stellte kein Mensch auf, weder Herr v. Bodman noch die Bureauplatte oder die Presse; kein Hindenburg und kein Ludendorff, kein Oberlehrer und kein Professor: nämlich, daß die Front von hinten erdolcht worden sei. Kein Mensch sah damals in den Männern, die als Soldatenräte an der Front und in der Heimat Deutschland mit vor einer unagabaren Katastrophe durch ihre Tätigkeit bewahrten, die sich an die Spitze des

Reichs und der Länder stellten, nachdem der Kaiser ausgerufen und die Fürsten sich verkrümmelt hatten, „Dolchhüter“ oder „Novemberverbrecher“. Fürsten und Generale, Bankiers und Industrielle, Bureauplatte und Studienräte, Postoren und Soldatenräte, die also auch „Novemberverbrecher“ sind, dankbare und anerkennende Marie spendet. Glend ist an seinen eigenen Belieben und an seinem System das monarchistische Deutschland zusammengebrochen; käuflich und beschämend haben sich, von Bayern, in Sachsen und auch in Baden.

Kemmeles rubia gebaltene Schrift soll eine Mahnung sein und, wie andere ähnliche Schriften, widerlegt sie Beweisführung die infame Behauptung von den „Novemberverbrechern“. Wir empfehlen sie aufs Beste.

Unser tägliches Brot

Woher kommen die teuren Preise?

Die Brotfabrikanten versuchen mit allen Mitteln die Schuld an dem hohen Brotpreis auf den hohen Bäckerlohn zu schieben. Dieser Versuch muß jedoch misslingen, denn es ist längst festgestellt worden, daß die Brotfabrikanten über zu hohe Belastungen durch den Rohmaterial nicht zu klagen brauchen. Eine Anzahl von Bäckereibetrieben beschäftigt entweder verschwindend wenig oder gar keine Gehilfen. Im Bäckereigewerbe sind nach einer Veröffentlichung in Wirtschaft und Statistik 91 220 Betriebe mit einem jährlichen Umsatz bis zu 50 000 M. vorhanden, und diese Betriebe haben mit 1 684 Millionen Mark an dem Gesamtbrotmittel teil. Unter diese Betriebe fallen alle die, die den Bäckereigewerkschaften angeschlossen sind, und darunter befinden sich bei einem Umsatz bis zu jährlich 20 000 M. über 57 000 Betriebe mit einem Umsatz von 826,8 Millionen Mark. Diese Betriebe beschäftigen in der Mehrzahl keine Gehilfen, sie haben weder Lohn noch Sozialleistungen zu tragen, und unter ihnen sind 17 560 Bäckereien, die weder Gehilfen noch Lehrlinge beschäftigen. Die Kleinbetriebe haben ferner infolge von Selbstverkauf der Ware den Zwischenhandel ausgeschlossen. Reichlich die Bäckereimänner haben sich, wie im Laufe der letzten Jahre in Lohn- und Arbeitsverhältnissen wiederholt festgestellt wurde, wirtschaftlich sehr verbessert.

Die Brotfabriken haben sich ebenfalls in der Nachkriegszeit mächtig herausgemacht. Betriebe mit über 500 Personen, wie wir sie heute sehen, waren in der Vorkriegszeit unbekannt. Bei den Großbetrieben ist infolge der technischen Vervollkommnung ebenfalls eine kräftige Erparnis an Arbeitslohn festzustellen. Wenn trotzdem die Brotfabrikanten klagen, sie könnten bei den bestehenden Löhnen den Brotpreis nicht so senken, wie das die Öffentlichkeit verlangt, dann lagern sie damit, daß im Bäckereigewerbe Konzentration, Technisierung und Rationalisierung für die Rote waren. Das trifft aber bestimmt nicht ganz zu.

Auf der Suche nach taugen Ursachen haben die Brotfabrikanten selbstverständlich auch wieder herausgefunden, daß das Nachtarbeitsverbot zur Verteuerung des Brotes beigetragen hat. Sie möchten die Konventionen für die Wiedereinführung der Nachtarbeit begünstigen. Dabei liegt ganz klar auf der Hand, daß Nachtarbeit unmöglich eine Produktionsverbilligung herbeiführen kann. Ständige Nachtarbeit bedeutet direkte Mehrausgaben für Beleuchtung und höheren Lohn und eine indirekte Verteuerung infolge geringerer Arbeitsleistung. Von den hygienischen Mängeln und Schäden wollen wir schweigen.

Auf eine wichtige Ursache für die Verteuerung weist dagegen das Berliner Tageblatt hin, wenn es feststellt, daß mangels genügender Beschäftigung im heutigen Wirtschaftssystem unter anderem auch im Bäckereigewerbe sehr viel mehr Betriebe bestehen, sehr viel mehr Menschen ihre Nahrung finden müssen, als es rationellerweise notwendig wäre. Einige Ziffern helfen dies ohne weiteres klar zu machen. Heute werden im Durchschnitt in Deutschland nur etwa 688 Verbraucher von einem Bäckereibetrieb versorgt; 1914 waren es 970 Verbraucher, die den Lebensunterhalt der Bäckerfamilie und des Personals sowie die Betriebskosten eines Bäckereibetriebes

decks und der Länder stellten, nachdem der Kaiser ausgerufen und die Fürsten sich verkrümmelt hatten, „Dolchhüter“ oder „Novemberverbrecher“. Fürsten und Generale, Bankiers und Industrielle, Bureauplatte und Studienräte, Postoren und Soldatenräte, die also auch „Novemberverbrecher“ sind, dankbare und anerkennende Marie spendet. Glend ist an seinen eigenen Belieben und an seinem System das monarchistische Deutschland zusammengebrochen; käuflich und beschämend haben sich, von Bayern, in Sachsen und auch in Baden.

Kemmeles rubia gebaltene Schrift soll eine Mahnung sein und, wie andere ähnliche Schriften, widerlegt sie Beweisführung die infame Behauptung von den „Novemberverbrechern“. Wir empfehlen sie aufs Beste.

Die Preise ihres Rohmaterialbedarfs zu zahlen. Diese 688 Verbraucher haben aber pro Kopf einen um etwa 11 Prozent geringeren Verbrauch an Backwaren, als vor dem Krieg. Hier hat sich also die gegenteilige Entwicklung vollzogen, wie wir sie in fast allen anderen Produktionszweigen in der Form der Rationalisierung erlebt haben. (Was für das Bäckereigewerbe gilt, das gilt für alle anderen Wirtschaftszweige.)

Ueber diese Erklärungen hinweg muß man jedoch auf Dinge aufmerksam machen, an denen die Bäcker unglücklich sind, die jedoch in der agrarischen Zollpolitik des Reiches liegen, die auf diese Gebiete geradezu verheerend wirken. Das Getreide ist bei der Bildung des Brotpreises zwar nicht der einzige, aber doch der wichtigste Faktor. Es ist in Deutschland wesentlich teurer als auf den Weltmärkten — eine Folge unseres massenhaften Agrarprotektionismus, unserer wohlfühnigen Getreidezölle, des Zölibats und den das deutsche Volk nicht an den „Reichsbund“, sondern an die Großagrarier zu zahlen gezwungen ist.

Prägen wir uns einige Zahlen ein, verzeihen wir sie, wenn sie bei der Diskussion über die Brotpreise weichen. Weizen ist heute in Chicago um 20 Prozent, in England um 23 Prozent billiger als vor dem Krieg, denn die Weltmarken waren groß, es herrschte Überproduktion in Deutschland aber ist der Weizenpreis — um 30 Prozent höher als vor dem Krieg! Heute kosten 100 Kilogramm Weizen

in Chicago 11,30 M.
in Liverpool 12,00 M.
in Berlin 25,00 M.

Es ist daher vor allem notwendig, die Zollpolitik des Reiches den Erfordernissen der Preispolitik anzupassen. Da liegt der Hebel im Pfeffer. Im übrigen kommt es nun aber auch darauf an, die industriellen Anteile mit aller Entschiedenheit heranzuziehen. Denn die fortentwickelten Industrien sind es, wie selbst das Berliner Tageblatt erklären muß, die durch eine falsche Preispolitik dementsprechend Niedrighaltung der Produktion einen großen Teil der Bevölkerung daran verhindern, sich das Geld zu verdienen mit dem sie sich das Brot kaufen können.

Polnische Wahlen



Pressenotiz: In vielen Ortschaften gelang es, auch den letzten Wähler an die Urne zu bringen...

Nationalsozialisten

Iprengen Tannenbergbund-Versammlung

Ludwigsbad a. Rh., 20. Nov. In einer Versammlung des Tannenbergbundes im „Wälder Hof“, in der Redakteur Hans Ruch (München) über das Thema „Treibt Hitler durch sein Bündnis mit Italien zu einem das deutsche Volk vernichtenden Weltkrieg?“ sprechen sollte, kam es gleich zu Beginn zu einem großen Tumult, so daß die zahlreich anwesenden Polizeibeamten, die alle Versammlungsbesucher vor Betreten des Saales nach Waffen durchsuchten, vom Gummihüpfel Gebrauch machen mußten und die Versammlung sofort aufhoben. Schon lange vor Beginn war der Saal von Anhängern der Nazis dicht besetzt, die gleich bei den ersten Worten des Versammlungsleiters wieder ankamten und singend vor dem Rednerstuhl Aufstellung nahmen. Unter stürmischen Beifall ergriff dann der Ludwigsbadener Ortsgruppenführer der Nazis, Selzer, das Wort, um eine nationalsozialistische Versammlung abzuhalten, die jedoch von der Polizei verboten

Aufhebung der gewerksmäßigen Stellenvermittlung

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett nunmehr dem Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der gewerksmäßigen Stellenvermittlung zugestimmt. Der Entwurf wird umgeben dem Reichstag geleitet.

Der Entwurf dient der Ausführung des § 55 des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, nach dem die gewerksmäßige Stellenvermittlung bekanntlich vom 1. Januar 1931 ab verboten ist. Das Verbot wird in der Weise durchgeführt, daß alle gewerksmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe nach dem 2. Juni 1910 begonnen haben, mit Ausnahme der Angehörigen ihres Betriebes am 31. Dezember 1930 ohne Entschädigung einstellen müssen. Stellenvermittler für Artisten, Chor- und Tanzensembles, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, sind für die Aufhebung ihres Gewerbes frei entschädigt. Die Angehörigen dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen. Die übrigen gewerksmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, erhalten anstelle einer Entschädigung die Erlaubnis, ihre Betriebe bis zum 30. Juni 1931 fortzuführen.

Brasilien abgedankte Staatsmänner im Exil

Rio de Janeiro, 21. Nov. (Via Draht.) Die Regierung hat ein Dekret erlassen, das die politischen Gefangenen des letzten Jahres und die gestürzten Regierungschefs entlassen, unter Voraussetzung, daß sich sämtliche Freigelassenen zu einem Freigewerbe verpflichten. Es heißt, daß die Freigelassenen zu einem Freigewerbe verpflichtet werden, das die Regierung als notwendig erachtet. Ein Dekret des Staatsbankrott-Debitors und anderer Verantwortlichen des letzten Regimes haben die Freigelassenen angenommen und sich nach Vila Rica eingeschiff.

Graf Bethlen in Berlin

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen wird am 23. November in Berlin anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten in Begleitung seiner Gattin und höherer Beamter auf dem Kaiserbahnhof eintreffen.

Politische Bühne

Karlsruhe, 22. November.

Der Adel boykottiert die Wahrheit über das wilhelminische Regime

Bekanntlich werden zur Zeit die Denkwürdigkeiten des wilhelminischen Reichstanzlers Fürst Bülow veröffentlicht, wovon auch wir bereits im Volksfreund einige Auszüge brachten, die zeigen, daß der Exzelsior dabei nicht gerade gut wegkommt. Den Anhängern des alten Regimes ist dies nicht sehr angenehm; insbesondere dem „Haus Bülow“, das es doch nicht gern mit dem Herrn von Doorn verderben möchte. Das Haus Bülow veröffentlicht in der Kreuzzeitung folgende Erklärung:

Siehe durch erkläre ich im Namen des Bülowischen Hauses die Denkwürdigkeiten niedergelassenen Ausführungen des Fürsten Bülow über die Person seiner Majestät des Kaisers in jeder Beziehung als unrichtig an. Sie beken sich nicht mit unsem Treueverhältnis zur Krone.

Kurt Ernst Gottfried von Bülow.

Man sieht daraus, wie sehr der „deutsche Adel“, den bekanntlich bereits der ganz und gar nicht „demokratische“ Exzelsior seiner Zeit schon richtig kennzeichnete, heute noch vor der Wahrheit über das wilhelminische Regime wenigstens durch Boykott in eine Geheimzelle einzuschließen. Umso mehr und gerade trotzdem ist es notwendig, immer wieder das Volk darüber aufzuklären, wie unter dem „Regier“ wurde, wozu Fürst Bülow einen wertvollen Beitrag lieferte.

Falsche Wirtschaftswege

Wir legen an anderer Stelle des Volksfreund in einem Artikel „Unser tägliches Brot“ dar, wie sehr heute bei den Preissteigerungsaktionen übersehen wird, den großen Ursachen der Inflation nachzugehen, die in einer verhängnisvollen Wirtschaft und in einer und beschränkten Monopolwirtschaft der großen Kartelle bestehen, die den Beteiligten bisher noch keinerlei Maßnahmen ergriffen haben. Nun hat im Zusammenhang mit der heutigen Wirtschaftskrise der bekannte Heidelberger Nationalökonom Gen. Dr. Emil Lederer vor der Sozialistischen Studentengruppe der Universität Heidelberg einen Vortrag zur Wirtschaftskrise gehalten, in dem er nicht nur vom Standpunkt eines einzelnen Landes, sondern vom Standpunkt der Wirtschaftskrise der ganzen Welt den Krisenursachen nachgeht und dabei zu folgenden Feststellungen kam:

Das Tempo der Entwicklung verursachte eine Stauung der Produktionsmittel, die durch eine forcierte Anwendung von mehr Mitteln gesteigert wurde. Man konnte zu Reklamationen, die sich auf die Volkswirtschaft denken läßt, ausweichen. Es liege die irdische Entwicklung einer Produktion vor, die die Kosten sich durch Verwendung von teureren Materialien und durch auch der Preisstand erhöht. Solche Inflationen würden aber, obwohl man ihre Erleichterung einsehe, fortgesetzt. Der Schaden, den daraus entsteht, sei ein doppelter. Einmal bestehe die große Gefahr der Verschwendung wertvoller Kapitalien, dann aber werde die Produktion zu einem großen Teil in den Auslandsländern verlagert. Solange die Werts für die Rohstoffe, deren Ausgabepreis im Ausland höher als im Inland sei, unverändert bleibe, könne man an keine Liquidation der Krise denken. Solange die Rohstoffe, doch nicht etwa der tatsächlichen Rohstoffe, sondern nur der Verbilligung der Arbeitskräfte. Man bekennt sich zu den Lehren mit der Sentenza, ohne zu beachten, daß die Inflationen der Arbeitskräfte selbst mit Hilfe des freiverwendenden Geldes sehr problematisch sind — da der Bedarf an Gütern, die heute schon mit 60 prozentiger Kapazität erzeugt werden, nicht mehr gedeckt werden können. Es ist das im innerdeutschen Markt ein Kreislauf, dessen Effekt nur in der Steigerung der Kaufkraft des Geldes besteht — deselben Geldes, was wir in Youngplänen nach dem Produktionsübermaß (beispielsweise heute schon Italien!) zu sehen ist ein materieller Erfolg dieser Aktion in weite Ferne gerückt.

Die Darlegungen zeigen, daß man den Versuch, die Wirtschaft zu beleben, von der falschen Seite aufzieht, wenn man sich abzwängt und daß es nicht minder falsch ist, durch Investitionen an teuren technischen Apparaten, die eine weitere Verringerung an Arbeiterpersonal herbeizuführen. Wenn gewünscht wird, daß der gewaltige Reichtum moderner Produktionsmöglichkeiten Abnehmer findet, dann darf man Kaufkraft nicht senken, sondern muß erweitert werden, wenn er nicht wird, daß die heutige Technik einen Fortschritt für die Allgemeinheit hat, dann muß die Arbeitszeit verlängert ein stärkerer Zug zum Sozialismus in der Wirtschaft notwendig wäre, als er heute bemerkt ist. Statt dies zu machen und machen die Industriebetriebe bis zum kleinsten Zwergebetriebe teure Fehlinvestitionen mit einem riesigen Maschinenapparat, der ihnen Menschen, d. h. Löhne ersparen soll, ihnen dafür jedoch einen riesigen Zinsendienst aufbürdet, derweil keine Menschen mehr da sind, die genügend Geld haben, die massenhaft hergestellten Produkte zu kaufen. Das Ganze nennt sich dann kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Die Preislenkungsaktion in Hessen

Darmstadt, 21. Nov. Auf Einladung des Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft versammelten sich die Kreisdirektoren sowie die Oberbürgermeister und Bürgermeister der größeren Städte zu einer Beratung über die Möglichkeit der Preislenkung Minister Korrell betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß ein Lohnabbau ohne durchgreifende Preislenkung nicht erträglich sei. Es setze mindestens für die unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsstufen, den gegenwärtigen Reallohn festzubehalten. Leider machte sich in gewissen Kreisen gegenüber der ersten Frage der Preislenkung eine Stimmung der Ironisierung und Bagatelisierung breit, die neben blutigster Unkenntnis der Dinge jeden Weitblick vermissen lasse. Die Regierung wolle die im Gang befindlichen Bemühungen in weitgehendem Maße unterstützen durch Sammlung und Austausch der gemachten Erfahrungen. Durch Proklamations und Deklarationen sei nichts zu erreichen. Weiter komme man nur durch die Ausübung eines Druckes auf die öffentliche Meinung.

Wien, 21. Nov. Der große Rat hat eine Entschließung der Katholiken und Sozialdemokraten auf Herabsetzung des Gaspreises bzw. des Strompreises angenommen. Man rechnet mit einer entsprechenden Verbilligung der Kohlerung. Der Gaspreis z. B. wird von 22,5 Rappen auf 20 Rappen pro Kubikmeter gesenkt.

Freistaat Baden

Die demokratischen Kommunisten

Aus dem Landtag schreibt man uns: Im badischen Landtag wirkten sich die politischen Grundzüge der Kommunisten am besten in der Praxis aus. Die Kommunisten sind dort sehr prinzipiell, sehr demokratisch und sehr erfüllt von dem Verlangen größter Toleranz ihnen gegenüber. Der Hinweis auf Rußland, mit seiner maßlosen Diktatur, seiner brutalen Niedertrüppelung und Verfolgung jeder anderen Meinung und Auffassung ist nicht. Die jüngst wieder eingeleitete Prozesse gegen Wirtschaftsgegner des Sozialstaates“ beweisen dies in eklatanter Weise. Was Rußland tut ist wohltätig!

Am vergangenen Donnerstag verteilte Abg. Volk in der Plenarsitzung des badischen Landtages dagegen, daß man seiner Gruppe von fünf Mann in den Ausschüssen des Landtages eine Vertretung nicht gibt. Nach der badischen Verfassung muß eine Fraktion sechs Mann stark sein. Das sieht die Kommunisten nicht an; sie pochen auf die demokratische badische Verfassung, auf die sie sonst ausgesprochenemmaßen pfeifen. Der Landtag soll sich darüber hinwegsetzen, weil die Kommunisten es verlangen; das tut er aber nicht, er lehnt mit vollem Recht den kommunistischen Antrag ab.

Die sozialdemokratische Fraktion sagte sich außerdem, daß sie diesen Leuten wirklich keine Belohnung für ihre Arbeiterrepublik angeden darf. Sie loben und beneiden täglich gegen die Sozialdemokratie, sie schwächen täglich die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse, sie häßeln täglich durch dieses blödsinnige Vorgehen das Bürgertum und das Kapital. Soll man da den Kommunisten noch einen Preis für die ständige Schädigung der badischen Arbeiterklasse zahlen und ihnen Sitze in den Kommissionen des Landtages einräumen? Eine solche Selbstmordpolitik treibt die badische Sozialdemokratie, treibt die sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht; deshalb tritt sie diesen kommunistischen Annahmen mit aller Schärfe gegenüber. Die Zerstückelung der Arbeiterklasse, die konsequente Schädigung der Arbeiterklasse sollen und werden in der Sozialdemokratie jederzeit die eberne Mauer finden, gegen die sie vergeblich antreten. — Sie schimpfen und schreien, wir leisten praktische Arbeit; nur dadurch ist der Arbeiterklasse am besten gedient.

Untersuchungsausschuß des Landtags und die Bauernbank

Man schreibt uns: Der badische Landtag beschloß am 23. Januar d. J. einen Ausschuß zur Untersuchung des Geschäftsablaufs der Badischen Bauernbank in Freiburg und der Zentralbesuchs- und Abhängensgesellschaft des Badischen Bauernvereins einzusetzen, und dem Landtag über das Ergebnis seiner Untersuchung, soweit es nicht vertraulich ist, Bericht zu erstatten hat.

Diesem Beauftragten trat am 27. Mai ein Untersuchungsausschuß zur Prüfung des Geschäftsablaufs der Bad. Bauernbank zusammen und stellte die Gesichtspunkte zusammen, nach welchen die Ergebnisse der Prüfung gewertet werden sollen. Diese Zusammenstellung wurde sofort dem Innenministerium übermittelt. Gleichzeitig wurde dieses Ministerium ersucht, von der ehemaligen Bauernbank oder dem Einheitsverband der Genossenschaften die erforderlichen Materialien zu vermitteln. Inzwischen wurde der Landtag geschlossen. Der Untersuchungsausschuß bzw. dessen Vorsitzender und der Richterflatter wollten entsprechend den Richtlinien weiter arbeiten. Erst auf Erinnerung an den Ministerium äußerte sich die Bank zweifelnd dahin, ob der eingangs erwähnte Landtagsbeschuß eine rechtliche Grundlage habe und ob nach den Bestimmungen der badischen Verfassung ein solcher Beschuß möglich war. Ferner habe der Ausschuß nach Schluß des Landtages keine Rechtsgrundlage zu seiner Betätigung, auf habe die Bad. Bauernbank aufgehört, als Rechtspersonlichkeit zu existieren. Schließlich befürchtete die Bank aus einer öffentlichen Erörterung der bekannten Ursachen der finanziellen Schwierigkeiten der Bauernbank erhebliche Schädigungen der Landwirtschaftsbank und eine Beunruhigung der Sparbank.

Hierzu nahm der Innenminister unterm 25. August Stellung, be-

trachtete zunächst die Rechtsmäßigkeit der Einberufung des Untersuchungsausschusses, aber nur die geschäftsordnungsrechtliche, nicht die verfassungsmäßige Rechtsmäßigkeit, verneinte dagegen, daß diesem Ausschuß die gleichen Untersuchungsbefugnisse zuzubekommen wie dem Landtag, oder daß sie ihm vom Landtag übertragen werden können. Es sei ferner noch zu berücksichtigen, daß eine Übertragung dieser Rechte, wenn sie zulässig wäre, eines ausdrücklichen Beschlusses des Landtages bedürftig wäre, eines ausdrücklichen Beschlusses des Landtages bedürftig wäre, eines ausdrücklichen Beschlusses des Landtages bedürftig wäre.

Dieier Ansicht schloß sich auch der Landtagspräsident an und bemerkte hierzu, daß es zur Anwendung von Zwangsmitteln wohl eines ausdrücklichen Beschlusses im Geleit selbst (Bürgerschaftsübernahme von 900 000 M durch den Staat) bedürftig wäre. Bei dieser Sachlage hielt er die Einberufung des Untersuchungsausschusses bis zur Wiederberufung des Landtages nicht für angezeigt.

Nun hat der Landtag wieder das Wort! Zwischen der vorstehenden Darstellung der Rechte des Untersuchungsausschusses durch den Innenminister und dessen Ausführungen in der Landtagsitzung vom 23. Januar 1930 besteht ein Unterschied. Der Minister führte die Beschränkung des Untersuchungsausschusses (ausweislich des stenographischen Berichtes) folgendermaßen an:

„Der Herr Abg. Maier wollte wissen, ob man diesen Ausschuß auch wirklich durchführen könne, die Möglichkeit dazu habe. Wenn nun im Wege der Vereinbarung eine Genossenschaft oder mehrere Genossenschaften des freien wirtschaftlichen Verkehrs ihre Zustimmung geben haben, daß der Landtag einen Ausschuß einsetzt und eine Prüfung vornimmt, so ist eine Bindung da, die zivilrechtlich und politisch-rechtlich zweifellos die Möglichkeit einer Nachprüfung gibt. Ich glaube, es kann in dieser Bestimmung der Herr Abg. Maier beruhigt sein.“

Die Novelle zum Beamtengesetz

Die dem Landtag vorgelegte Novelle schlägt eine Änderung des Dienststrafrechts vor. Darnach kann der Beauftragte sich gegen die Ordnungsstrafe ebenfalls beschwerten, was bisher nicht möglich war. Auch kann die Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Ordnungstrafverfahrens in den Fällen des § 359 der Str.Pr.O. beantragt werden, und das vorgelegte Ministerium kann die Wiederaufnahme in den Fällen des § 88, das zur Verbüßung der Strafverurteilung und Dienstentlassung nur die Dienststrafgerichte zuständig sind und zwar im ersten Rechtszug die Dienststrafkammern, im zweiten Rechtszug der Dienststrafhof. In Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim wird je eine Dienststrafkammer gebildet. Der Dienststrafhof hat seinen Sitz in Karlsruhe. Jede Dienststrafkammer besteht aus sieben Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder müssen ein Richteramt bekleiden. Die übrigen Mitglieder werden aus der Zahl der nichtrichterlichen Beamten des Landes entnommen. Der Dienststrafhof besteht aus neun Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und drei andere Mitglieder müssen ein Richteramt bekleiden, während die übrigen Mitglieder aus der Zahl der nichtrichterlichen Beamten des Landes zu entnehmen sind. Die Mitglieder der Dienststrafkammern wie des Dienststrafhofes werden auf die Dauer von drei Jahren vom Staatsministerium ernannt. Die mündliche Verhandlung ist öffentlich. Die Öffentlichkeit kann jedoch auf Antrag des Angeklagten, ferner wenn besondere Gründe vorliegen, ausgeschlossen oder auf bestimmte Personen beschränkt werden. Gegen die Entscheidung einer Dienststrafkammer steht sowohl dem Beamten der Staatsanwaltschaft, wie dem Angeklagten die Berufung an den Dienststrafhof zu. In einem weiteren Paragraphen wird ausdrücklich bestimmt: „Die jeweiligen Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes über die Pflichten der Beamten gegenüber der republikanischen Verfassung des Reiches und der Länder gelten entsprechend auch für die badischen Beamten.“ Das vorliegende Gesetz tritt, soweit es vorbereitende Maßnahmen betrifft, mit dem Tage der Verkündung, im übrigen mit dem 1. April 1931, in Kraft. Die Mitglieder der bisherigen Dienststrafhöfe bleiben bis zum 31. März 1931 im Amte. Die hier anhängigen Dienststrafverfahren gehen zum 1. April 1931 auf die zuständigen Dienststrafkammern über.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

12. November: 1780 *Komponist Konradin Kreuzer. — 1848 Halle in Düsseldorf verhaftet. — 1863 Postalle in Berlin verhaftet. — 1917 *Kriegsminister Kurt Schuler. — 1924 *Holländischer Minister D. Deijman. — 1923 Seert verliert SPD. und völk. Partei. — 1927 Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung.

13. November: 1830 *Bildhauer Caspar Zumbusch. — 1830 *Kriegsminister Alfred Gräfe. — 1875 *Philosoph Friedrich Albert Lange. — 1918 *Hunderttag verordnet. — 1918 Amnestie für die Reichswehr. — 1923 Rücktritt Stresemann. 7. März. — 1924 *Baur des Saures ins Pantheon. — 1928 Sturmflut auf Solt usw.

Stadtratswahl

Am letzten Sonntag gewählten 84 Stadtratsordnenen nach ihrer Gültigkeitserklärung die Wahl von 24 Stadtratsmitgliedern vornehmen. Der jetzt noch im Amt befindliche Stadtrat hat die Wahl der neuen Stadträte auf Montag, den 8. Dezember d. J., abends von 6—7 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses anberaunt.

Die Parteien, wie bei früheren Gelegenheiten, eine gemeinsame Liste einigen sollten, würde die Wahlergebnisse einer Wahl überflüssig werden. Der Oberbürgermeister hat sich auch dieses Mal wieder bereit erklärt, die Verhandlungen, die eine Einigung auf einer gemeinsamen Liste zum Ziel haben, einzuleiten. Scheitert diese Einigung, muß gewählt werden und allem Anschein nach wird die Wahl nicht so glatt vor sich gehen.

Die Nazis, Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten haben nach ihren Grundstimmen zunächst 21 Sitze zugeteilt bekommen. Um die 24 noch fehlenden 3 weiteren Sitze zu erhalten, müßten 5 Parteien darum kämpfen. Zunächst die Sozialdemokraten mit drei Reststimmen, dann nach der Größe der Grundstimmenzahl der Reihe nach Evangelischer Volksverein, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Staatspartei, die überhaupt nur je 3 Stadtratsordnenmandate am Sonntag erringen konnten. Die Deutschnationalen mit 2 Mandaten fallen ohnehin ganz aus. Unvorzuziehliche Fälle, die bei der Wahl noch vorkommen könnten, würden ohnehin das Wahlergebnis noch beeinflussen, falls werden die nächsten Tage erst Gemisheit bringen, wie 1922 und 1926, eine Einigung der Parteien auf eine gemeinsame Liste erfolgt, oder ab gewählt werden muß.

Die Wahlperiode nach dem jetzigen Wahlergebnis fällt als ganz besonders unglücklich auf, daß Parteien, die in der eben vergangenen Wahlperiode noch eine relativ gute Vertretung hatten, wie die Sozialdemokraten und Deutschnationalen, aber auch die Demokraten und Staatspartei genannt, zu ganz bedeutungslosen Gruppen zusammengekommen sind. Sie haben sich dem Nazis unterliegen lassen. Die Volkspartei führte den Kampf noch gegen die Sozialdemokratie. Im alten Kollegium mußte sie sich noch vier Stadträte, während die Nazis haben muß, wenn ihr Vertreter beim Stadtrat, Ehenio gut kann es aber auch eine Nierte sein, und dann ist diese Partei überhaupt ohne jede Vertretung im Stadtrat. Arme, einst stolze Volkspartei! e. g.

Die Frage der Verteilung der Stadtratsitze auf die einzelnen Parteien wird innerhalb der politisch interessierten Kreise recht lebhaft diskutiert. Besonders findet ein Mißtrauen darüber statt, wie die Bestimmungen der einzelnen Parteien verhandelt werden, um sie nicht dieser oder jener Partei vermerken zu können. Die Badische Presse ist in aröher Sorge darüber, wie es wohl den Parteien gehen werde, die nicht direkt ein Stadtratsmandat erzielten, sondern zu geringer Stimmensahl, nämlich die Deutsche Volkspartei, die Staatspartei, der Evangelische Volksdienst und die Wirtschaftspartei mit zwei Stadtratsordnenstimmen. Sie fragt schon, ob eine Einigung für eine gemeinsame Liste für die Stadtratswahl zu erzielen sei, diese fünf Parteien Gefahr laufen würden, nicht aus dem Stadtrat ausgeschlossen zu werden. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, daß die eingeleiteten Einigungsbestrebungen auf diesem Wege nicht an engherzigen und kleinlichen Ermüdungen scheitern, sondern zu einem Erfolge führen im Interesse der Gesamtheit.

Die Badische Presse, die auch während der ganzen Wahlbewegung das ihre sozial gerechtere Neutralität nichts wie pure Heuchelei und ebenso Schwindel ist, beweist auch hier wieder, daß sie die einseitigsten Partei, fernab von jeder Neutralität für die Wahl der bürgerlichen Parteien eintritt. Sie darf aber nicht vergessen, daß ihr Strohfeuer ohne Einfluß auf die Verhandlungen ist. Die Badische Presse bringt im gleichen Artikel dann noch die Behauptung, daß in Ludwigsbafen die Stadtratsdiäten um 20 Prozent gekürzt worden sind. Sonderbarerweise brachte die Badische Presse keine Silbe davon, als kürzlich Sozialdemokraten und Zentrum an den Karlsruher Stadtrat den Antrag einbrachten, nämlich die Stadtratsaufwandsentschädigung um 20 Prozent zu kürzen. Von diesem Antrag teilte die Badische Presse ihrer Leserschaft kein Wort, trotzdem ein solcher Antrag doch sicherlich wert ist, registriert zu werden. Vielleicht ist der Antrag von den Bürgern gekommen wäre, hätte man die Angelegenheit informiert, wahrscheinlich sogar in fetter Schrift. Aber, wenn man von dem, — um in der Diktierprache zu reden — „schwarzen Korruption“ eingereicht worden ist, bestand für das „objektive Interesse“ keine Veranlassung, auch nur ein Sternchen darüber zu schreiben. Aber wenn in Ludwigsbafen eine Kürzung der Stadtratsdiäten, — trotzdem Baden eine andere Gemeindeverfassung hat und die Vorzensenliche Stadtratsdiätenkürzung nicht die Bedeutung hat wie etwa in Karlsruhe — so nimmt davon die Badische Presse Notiz. Ja, ja, die Badische Presse muß schon in Karlsruhe noch viel näher gelesen hat. Sie leidet eben an Unwissenheit, sobald Sozialdemokraten in Betracht kommen, wobei man darf noch zu diesem Thema gesagt werden, daß die

Die Wohnungsfrage in Karlsruhe

Von G. B. G.

(Schluß)

Da genug große oder teure Wohnungen vorhanden sind, muß man wohl oder übel dazu übergehen, kleinere Wohnungen zu erstellen. Man hat nun in den beiden letzten Jahren ein System der Wohnungsförderung in Karlsruhe eingeführt, das man anderswo wohl kaum mehr findet und das auch etwas kompliziert sein mag. Die Stadt gibt für jede Wohnung ein Baudarlehen (soweit Mittel vorhanden sind natürlich) das jeweils um ein Prozent höher verzinst werden muß, als wie der Zinsfuß beträgt, den die Stadt Sparkasse für erste Hypotheken verlangt. Da diese Verzinsung zu hohe Mieten ergäbe, gibt die Stadt eine Zinsbeihilfe. Diese Zinsbeihilfe richtet sich nach der Größe der Wohnung und wird auf Grund eines sogenannten Förderungsbeitrages berechnet. Der Förderungsbeitrag ist ein für jede Wohnung rein theoretisch festgelegter Wert, der auf Grund der Wohnfläche einer Wohnung berechnet wird und höchstens 10 000 R.M. beträgt.

Die ersten 50 Quadratmeter einer Wohnung werden mit 170 R.M., über 50 bis 75 Quadratmeter wird der Quadratmeter mit 60 R. berechnet. Bei Wohnungen, die größer sind als 75 Quadratmeter, bleibt der über 75 Quadratmeter hinausgehende Teil unberücksichtigt. Es sind allerdings Ausnahmen zulässig und ich weiß nicht, ob von diesen Ausnahmen viel Gebrauch gemacht wird. Eine Wohnung von 75 Quadratmeter hat also einen Förderungsbeitrag von $50 \times 150 = 5500$ R.M., $25 \times 60 = 1500$ R.M., zusammen 10 000 R.M. Eine Wohnung von 75 Quadratmeter entspricht einer geräumigen Dreizimmerwohnung.

Aus dem Förderungsbeitrag wird dann die Zinsbeihilfe für jede Wohnung berechnet. Die Höhe der Zinsbeihilfe hängt außer vom Förderungsbeitrag, also der Größe der Wohnung, von der Höhe des Zinsfußes ab, den die Stadt Sparkasse für erste Hypotheken verlangt. Der Zinsfuß, mit dem der Förderungsbeitrag multipliziert wird, ist jeweils um $4\frac{1}{2}$ Prozent geringer, als der Zinsfuß, den die Stadt Sparkasse für erste Hypotheken verlangt. Ist z. B. der Zinsfuß der Stadt Sparkasse für erste Hypotheken $7\frac{1}{2}$ Prozent, so beträgt der Zinsfuß für die Zinsbeihilfe $7\frac{1}{2}$ Prozent, $4\frac{1}{2}$ Prozent = $3\frac{1}{4}$ Prozent. In diesem Fall beträgt die Zinsbeihilfe für eine Wohnung von 75 Quadratmeter, also einem Förderungsbeitrag von 10 000 R.M.: $10 000 \times 3\frac{1}{4}$ Prozent = 325 R.M. pro Jahr.

Das Schlußwort an dieser Regelung ist die Tatsache, daß die Miete der nach diesem System geförderten Wohnungen so lange gleich bleibt, also nicht gekürzt werden kann, solange der Zinsfuß der Stadt Sparkasse für erste Hypotheken nicht unter $4\frac{1}{2}$ Prozent sinkt.

In einem Beispiel soll das erläutert werden und zwar soll eine Wohnung mit einem Erstellungswert von 12 000 R.M. angenommen werden. Der Einfachheit halber soll zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in der Verzinsung kein Unterschied gemacht werden.

An 3 Zinsen für diese Wohnung wären aufzubringen, wenn der Zinsfuß der Stadt Sparkasse für 1. Hypotheken 8 Prozent beträgt: Baufolien 12 000 R.M., Förderungsbeitrag 10 000 R.M. Erforderliche Zinsen: 1. Hypothek und Eigenkapital $7000 \text{ R.M.} \times 8$ Prozent = 560 R.M., Baudarlehen $5000 \text{ R.M.} \times 9$ Prozent = 450 R.M., zusammen 1010 R.M., ab Zinsbeihilfe 10 000 R.M. $\times 3,75$ Prozent (8 Prozent — $4\frac{1}{2}$ Prozent = $3\frac{3}{4}$ Prozent) = 375 R.M. Vom Mieter an Zinsen aufzubringen 635 R.M.

Erforderliche Zinsen bei der gleichen Wohnung, wenn der Zinsfuß der Stadt Sparkasse für erste Hypotheken von 8 Prozent auf 7 Prozent sinkt: 1. Hypothek und Eigenkapital $7000 \text{ R.M.} \times 7$ Prozent = 490 R.M., Baudarlehen $5000 \text{ R.M.} \times 8$ Prozent = 400 R.M., zusammen 890 R.M., ab Zinsbeihilfe: $10 000 \text{ R.M.} \times 2,75$ Prozent (7 Prozent — $4\frac{1}{2}$ Prozent = $2\frac{3}{4}$ Prozent) = 275 R.M. Vom Mieter aufzubringen 615 R.M. Aus diesem Beispiel ist klar zu sehen, daß trotz Senkung des Zinsfußes der Stadt Sparkasse um ein Prozent, die Mieter der Wohnungen für Zins fast genau soviel aufbringen müssen als vorher, daß also trotz Zinssenkung die Miete nicht gekürzt werden kann. Die vorberechneten Zinsen stellen natürlich nicht die ganze Miete dar, weil dazu noch die Ausgaben für Versicherungen, Wasser, Gas, Tiefbauamtgebühren usw. kommen.

Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß für einen Teil der Neubauwohnungen auf viele Jahre hinaus in Karlsruhe die Mieten festgelegt sind und es muß unter allen Umständen hier eine Änderung eintreten. Man kann

nicht überall Löhne und Gehälter senken und an der ohnehin zu hohen Miete festhalten.

Das einfachste Mittel, um auch diese Mieten zu senken, wäre die Erhöhung der Zinsbeihilfe der Stadt oder die Ermäßigung des Zinsfußes für die Baudarlehen. Diese Methode hätte allerdings den Nachteil, daß

viele Bauherren die Zinsverbilligung oder die Erhöhung der Zinsbeihilfen wohl annehmen, aber nicht die Miete damit senken würden, also die öffentlichen Mittel in die falschen Hände kämen.

Jetzt rächt es sich bitter, daß die Stadt es immer abgelehnt hat, eine Kontrolle der Neubaumieten durchzuführen.

Mit einer unglaublichen und unverständlichen Hartnäckigkeit hat man sich immer auf dem Rathaus gegen eine Mietekontrolle gewandt, eine Mietekontrolle, die doch dann ganz selbstverständlich hätte sein müssen, wo man so erhebliche Mittel zu den Neubauten gibt und die man anderorts doch auch ausübt. Man hat diese Kontrolle zu Unrecht immer damit abgelehnt, daß das die Unternehmerrlust hemme und den Verwaltungsapparat unnötig aufbaue. Keine von beiden Befürchtungen trifft zu.

Wer ohne Hintergedanken und die Absicht ungedultfertigter Gewinne zu machen, Wohnungen baut, braucht die Kontrolle nicht zu scheuen und scheut sie nicht, und wer sie scheut, dem sollte man öffentliche Mittel überhaupt nicht anvertrauen.

Auch die Aufbauschung des Beamtenapparates wegen der Kontrolle wäre bei sachgemäßer Handhabung nicht notwendig gewesen. Tatsächlich hatten sich die Verhältnisse auch so entwickelt, daß oft nicht die Mieter in den Genuß der verbilligten Baudarlehen gekommen sind, sondern daß die Bauherren für sich den Vorteil der öffentlichen Mittel ausgenutzt und die Wohnungsnot dazu benutzt haben, hohe Mieten zu verlangen, die nicht immer notwendig gewesen wären. Diese Verhältnisse haben manchen Bauherren gereizt, Wohnungen zu bauen, die besser ungebaut geblieben wären.

Würde man jetzt allgemein den Zinsfuß für die Baudarlehen herabsetzen, oder die Zinsbeihilfe erhöhen, so bestünde wieder die Gefahr, daß diese Vergünstigung allenfalls nur dort den Mietern zugute käme, wo der Bauherr ohnehin die Miete senken müßte, wenn er seine Wohnungen vermieten will, daß aber gerade bei kleineren Wohnungen, wo die Nachfrage noch groß ist, der Bauherr die Konjunktur ausnützt und bei seinen hohen Mieten bleiben würde.

Aus diesen Gründen dürften die Vergünstigungen nur den Bauvereinigungen gewährt werden, da hier die Stadt jederzeit leicht eine Kontrolle ausüben kann, ob die Vergünstigung den Mietern zugute kommt. Schon in drei Karlsruher Bauvereinigungen ist derartige Kontrolle durchgeführt. Die Vergünstigung dürfte sich nur auf Wohnungen bis zu einer gewissen Größe, höchstens etwa 90 Quadratmeter, erstrecken. Das solide Bauhandwerk sollte sich gegen eine derartige Regelung nicht wenden, denn selbst wenn dann die Bauvereinigungen etwa mehr bauen würden, so führt doch das Karlsruher Handwerk die Arbeiten aus und bekommt sein Geld sicher, was sonst nicht immer der Fall ist.

Seitens der Stadt wird man geltend machen, daß man umföweniger Wohnungen bauen kann, je geringer der Zins für Baudarlehen oder je höher die Zinsbeihilfe ist. Das ist natürlich richtig, wenn vielleicht auch hier die Befürchtungen übertrieben werden. Aber man muß doch allen Erstes fragen:

Was ist richtiger, mehr Wohnungen zu bauen, aber zu einer Miete, die die Masse nicht bezahlen kann und die dann leer stehen, oder weniger, aber zu einer Miete, die noch erschwinglich ist?

Nach unserer bisherigen Wohnungspolitik kann man keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, was richtiger ist. Das Bestreben gewisser Stellen auf dem Rathaus, die Neubaumieten hoch zu halten und möglichst die Mieten der Altmietungen den Neubauwohnungen anzugleichen, muß unbedingt bei der heutigen Wirtschaftslage bekämpft werden. Die Mieten stellen einen erheblichen Teil des Einkommens dar, und wenn man das Einkommen senken will, kann man es bei den hohen Neubaumieten nicht belassen. Es wird natürlich auf dem Rathaus gewisse Hemmungen geben, wenn man nun etwas tun soll, was man nicht gern tut. Aber die Entwicklung hat gezeigt, daß die vom Rathaus aus bisher betriebene Wohnungspolitik nicht immer der Weisheit letzter Schluß ist und daß man dort schon gut daran täte, auch einmal anderen Meinungen Gehör zu schenken.

Das Wohl der Gesamtheit wird nicht allein von den Herren auf dem Rathaus vertreten, auch andere Bürger bilden sich ein, das Wohl der Stadt zu wollen. Der Stadtrat darf nicht immer die ihm von einzelnen Beamten vorgezeichneten ausgetretenen Wege gehen, sondern muß einmal, wo es notwendig ist, aus sich heraus andere Wege bestimmen.

sozialdemokratische Stadtratsfraktion von ihren Diäten schon bisher 20 Prozent für Wohlfahrtszwecke abgeben hat, was ebenfalls der Ermahnung wert ist. Zudem ist noch festzustellen, daß die Aufwandsentschädigungen für die Karlsruher Stadträte mit zu den niedrigsten unter allen deutschen Großstädten gehören und die Stadträte keinerlei Entschädigungen für Arbeitsverlust erhalten.

(*) Altbahn. Wie bei der Reichsbahn gelten die Sonntagsrückfahrkarten auch an Mittwochnachmittagen und zwar die Sonntagsrückfahrkarten der Bahnhöfe Karlsruhe Altbahn, Karlsruhe-Rüppurr und Ettlingen Stadt, nach den oberhalb Ettlingen gelegenen Bahnhöfen der Altbahn.

(*) Erdbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins am Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karls-

ruhe registrierten in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag ein heftiges Erdbeben. Die ersten Vorläuferwellen erreichten 3,03.21 Uhr die Station. Das Maximum der Bewegung erfolgte 3,09 Uhr. Die Herdentfernung beträgt ca. 1400 Kilometer.

Eine Warnung erläßt im heutigen Interzententeil der Reichsbund der Kriegsschädigten, weil fälschlicherweise auf seinen Namen Sammlungen erfolgten. Siehe Interzent!

AD 6 B., Ortsausfluß Karlsruhe, Durlach, Ettlingen

Montag, 24. Nov., abends 8 Uhr, 3. Abend des Kurles über das Betriebsrätegesetz. Es wird ermarct, daß alle eingeschriebenen Teilnehmer pünktlich erscheinen und können auch sonstige Mitglieder, die sich noch nicht eingetragen haben, teilnehmen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Vorkriegspreise! Tube 60 Pf. u. 1 Mk.

Jugend

An alle Ortsvereine der S.A.J. Mittelbadens!
Jugendgenossinnen und Jugendgenossen! Wir möchten nochmals...

Aus dem Gerichtssaal

Nochmals der fall Inge

Karlsruhe, 21. Nov. Vor der Großen Strafkammer I als Be...

Der Urteilsbegründung führte Landgerichtspräsident Dr. Rud...

Kohlenhandels-gesellschaft
Carl August Nietzen & Co
Kohlen / Koks
Briketts
Brennholz

Aus dem Sowjet-Paradies

Waren- und Lebensmittelmangel / Enorm hohe Preise / Leere Staatskassen
Inflation und Flucht in die Devisen

Die ebenso frampshafte wie freche Schwindbelei der kom...

Die Moskauer Straßen boten kürzlich einen sonderbaren An...

Das zweite Jahr des Fünfjahresplans hat mit einem erheblichen...

Das zweite Jahr des Fünfjahresplans hat mit einem erheblichen...

Brillanten — und deren Kurspreis regulierte die Kaufkraft des...

Wir empfinden selbstverständlich auch nicht die allgeringste...

Das zweite Jahr des Fünfjahresplans hat mit einem erheblichen...

Letzte Nachrichten

Eisenbahnzug in die Loire gestürzt

Paris, 22. Nov. (Eig. Drahtber.) Gestern abend...

Ein Weichenwärter, der den Bergzug bemerkte...

Paris, 22. Nov. (Zünddienst.) Drei Eisenbahnbeamte...

Volksparteiliche Krise in Sachsen

Wie aus guter Quelle verlautet, greift die Krise innerhalb...

Die Forderungen der Arbeiterschaft Indiens

London, 21. Nov. Das Ereignis der Donnerstagssitzung der Indi...

Im Vordergrund steht für uns, daß die soziale Lage der Arbeit...

und in der kommenden Verfassung müssen die fundamentalen Ar...

Mit diesem Schweigen vernahm die Versammlung die Ansicht...

Abrüstungsbestimmungen ohne Abrüstung

Genf, 22. Nov. (Zünddienst.) Die französisch-englische Dele...

Bei der Behandlung der allgemeinen Durchführungsbestimmun...

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volpert, Pres...

Die Gemeindewahlen

Gemeindewahlnachricht aus Kleinfeinbach

Die Gemeindewahl hatte in dieser Gemeinde ihre Schatten um sich fassen lassen, weil der neugewählte Gemeindevorstand die wichtige Aufgabe aufnahm, den Umbau und die Finanzierung des ansehnlichen Rathauses zu verwirklichen und der Not zu lindern und dafür zu sorgen, daß die hierzu benötigten Mittel ohne Verorragung in gerechter Weise verteilt werden.

Die Wahl standen 3 Vorkandidaten und zwar SPD, KPD und Bürgervereinsvereine. Bei der letzten Reichstagswahl wurden für Kleinfeinbach hier 60 Stimmen abgegeben. Diese Stimmen hätten die SPD, die sich zu zeigen verweigert, überhand genommen und die KPD, die sich zu zeigen verweigert, überhand genommen und die Bürgervereinsvereine, die sich zu zeigen verweigert, überhand genommen.

Die SPD, die sich zu zeigen verweigert, überhand genommen und die KPD, die sich zu zeigen verweigert, überhand genommen und die Bürgervereinsvereine, die sich zu zeigen verweigert, überhand genommen.

daß das Zentrum eine fast reine Frauenpartei ist. Für uns ist die Wahl ein Weckruf, wo noch viel Arbeit zu leisten ist. Deshalb an die Arbeit, Genossen! Aufklärung der Frauen, sie tun auch hier bitter Not! Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, können wir den kommenden Wahlen ruhig entgegen sehen.

Bezirksratswahl in Sinsheim. Zentrum 3503, 2 Sitze; Soz. 2363, 1 Sitz; NSDAP 4708, 3; Kommunisten 390, —; Co. Volksdienst und Landbund 3315, 2; Einheitsliste 1966, 1. — Kreisabgeordnetenwahl: Zentrum 3324, 2; Soz. 2257, 1; NSDAP 4723, 2; Kommunisten 386, —; Co. Volksdienst und Landbund 3320, 1; Einheitsliste 2063, 1 Sitz.

Deilsheim. Bei den Gemeindewahlen erhielten: Gemeindevorordnete: Zentr. 320 (13 Sitze), SPD 357 (15), Bürger und Zentr. 377 (16). Erste Bürgerpartei für Gemeindevahl 100 (4). Gemeinderäte: Zentrum 337 (2); SPD 375 (2); Bürger und Zentrum 393 (2); Erste Bürgerpartei für Gemeindevahl 99 (—).

Bezirks- und Kreisabgeordnetenwahlen

30. Heidelberg. Für die Bezirks- und Kreiswahlen wurden folgende endgültigen Ziffern festgestellt: **Bezirkswahlen:** Gültige Stimmen 39 037, Kreiswahlen: 39 037 gültige Stimmen. Davon entfallen die Wahlen in Klammern beziehen sich auf den Kreisrat) auf 3tr. Bezirksrat 5418 (5460), Soz. 7018 (7012), Pfälzer, 13 915 (13 919), Deutsche Staatspartei 1741 (1789), Komm. 4045 (4017), Co. Vd. 2862 (2860), Dntf. 998 (1010), Bürgerbund 1930; 1625 (1604), D.V. und Konf. Partei 1253 (1261), Evang. Arbeiter und V.V. und Co. 3tr. 124 (134).

Partei-Nachrichten

Sozialistische Studentengruppe Karlsruhe

Letzten Mittwoch versammelten sich im Saal des Darmstädter Hofes in Karlsruhe eine Anzahl Studenten und ältere Akademiker, die dem **Aufruf zur Gründung einer sozialistischen Studentengruppe** an der technischen Hochschule gefolgt waren. — Gen. Dr. Nordmann gab in einigen kurzen Worten die Gründe wieder, die zu dem Aufruf geführt hatten. Als Aufgabe der sozialistischen Studentengruppe bezeichnete er die Zusammenfassung der sozialistischen Studenten und die Ausbreitung sozialistischer Ideen an den Hochschulen. Einen Hebel für die Verwirklichung dieser Aufgabe sah er in der Gründung einer sozialistischen Studentengruppe. Die Gruppe führt den Namen: **Sozialistische Studentengruppe, Ortsgruppe Karlsruhe.** Die anwesenden älteren Genossen, die zum Teil erstmalig von dem schweren Kampf an den Hochschulen hörten, schlossen sich einer Gemeinschaft an, die den Zweck hat, der jungen Gruppe die materiellen Unterlagen für ihren Kampf zu schaffen. Vorsteher dieser „Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Studenten“ ist Genosse Dr. Nordmann, Gartenstraße 28, Karlsruhe. Es wäre zu wünschen, daß sich recht viele Genossen und Genossinnen, auch Vereine und sonstige Organisationen, dieser Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Studenten anschließen. Die Gruppe führt den Namen: **Sozialistische Studentengruppe, Ortsgruppe Karlsruhe.** Die anwesenden älteren Genossen, die zum Teil erstmalig von dem schweren Kampf an den Hochschulen hörten, schlossen sich einer Gemeinschaft an, die den Zweck hat, der jungen Gruppe die materiellen Unterlagen für ihren Kampf zu schaffen. Vorsteher dieser „Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Studenten“ ist Genosse Dr. Nordmann, Gartenstraße 28, Karlsruhe. Es wäre zu wünschen, daß sich recht viele Genossen und Genossinnen, auch Vereine und sonstige Organisationen, dieser Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Studenten anschließen.

Traurig ist heute das Bild, das uns die deutschen Hochschulen zeigen. Über immer härter und härter wird auch die Front berer, die den Kampf aufnehmen und von der Lieberzeugung besetzt sind, daß der endgültige Sieg der Sozialisten sein wird.

Gewerkschaftliche

Ein Schiedspruch wie er sein soll

Ein Schiedspruch, wie er beim Berliner Metallarbeiterstreit einem Teil vorgezeichnet hat, aber leider nicht erfüllt worden ist, ist in einer kleinen Branche, der **Berliner Bauhilfsvereine**, zustande gekommen. Auch hier war ein langer Streit vorausgegangen. Der Schiedspruch ermäßigt die Stundenlöhne und Afforde vom 1. Januar ab um 3 Prozent. Wenn während der Dauer des neuen Tarifvertrages die Reichsindexziffern (Lebenshaltungskosten) eines Monats unter 140 sinkt, so ermäßigen sich die Stundenlöhne und Afforde um 6 Prozent. Die Relation zwischen Lebenshaltungskosten und Lohn, die hier hergestellt wird, ist zwar roh und summarisch, aber der Schiedspruch enthält immerhin Grundriss für den Versuch, **den Lohnabbau vom Preisabbau abhängig zu machen.** Die Arbeiter haben den Schiedspruch aus anderen Gründen allerdings abgelehnt, während die Arbeitgeber keine Verbindlichkeitsklärung beantragt haben.

Die Tarifkündigungen in der Metallindustrie — 150 000 Mann betroffen

D3. Mannheim, 21. Nov. Die Tarifkündigung in der südwestdeutschen Metallindustrie umfakt, nachdem nunmehr auch, wie ge-

meldet, die badischen und pfälzischen Metallindustriellen und die angrenzenden Industriegebiete die Kündigung zum 31. Dezember ds. J. ausgesprochen haben, rund 150 000 Metallarbeiter. Die Kündigungen erstrecken sich auf folgende Bezirke in Baden: Mannheim-Ludwigshafen, Mittelbaden (Karlsruhe), Oberbaden (Freiburg-Lörrach), Sektreis (Konstanz). Gleichfalls gekündigt wurden von den Metallindustriellen die Lohnarbeiter in den Bezirken Sessen-Nassau (Frankfurt), Kassel, Mainz, Wiesbaden-Rheingau. In diesen Bezirken kommen weitere 70 000 betriebl. Arbeitnehmer in Betracht, die in fast 800 Betrieben beschäftigt sind. Die Kündigungen der Lohnarbeiter sind ohne Zweifel auf einen Beschluß im Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zurückzuführen. Ferner sind gekündigt worden die Tarife in der Uhrenindustrie, in der Elektrizitätsindustrie, im Elektro- und Installationswesen in Württemberg-Hohenzollern. — Von den Kündigungen der Arbeitgeberorganisationen werden in Württemberg Baden und Pfalz über 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, davon etwa 70 000 in der württembergischen Metallindustrie. In den Bezirken der Metallindustrie der Pfalz, Mannheim-Ludwigshafen, Mittelbaden sowie der Uhrenindustrie schwebt die Zahl der Betriebslosen je Woche 17 000 bis 19 000. Die Zahl der Betriebe beträgt über 1000.

Kündigungen in der pfälzischen Zigarrenindustrie. Fast alle pfälzischen Betriebe der Zigarrenindustrie haben ihrem Personal zum 1. Januar gekündigt und die Entlassung angekündigt. Es handelt sich dabei um eine fürsorgliche Maßnahme, da die Fabrikanten nach der Einführung der neuen Tabaksteuer mit einem teilweisen Nachliegen des Geschäfts rechnen.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 22. November bis 1. Dezember 1930

Im Landestheater: Samstag, 22. Nov. *G 8. Th.-Gem. 1. S.-Or. und 1501-1550. Zum ersten Mal: Das Kammer des Armen. Trauungsbild von Stefan Zweig. 20-22 Uhr (5.-). — Sonntag, 23. Nov. Nachm. 3. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Der Kaufmann von Benedix. Lustspiel von Schatepeare. 15.15 bis gegen 17.30 Uhr (3.50). — Abends: *A 8. Th.-Gem. 501-600 und 901-900. Zum 150. Geburtstag von Konradin Kreuter. Neu einstudiert: Das Nachtigall von Granada. Oper von Konradin Kreuter. 20 bis nach 22 Uhr (8.-). — Montag, 24. Nov. Volksbühne: Novembervorstellung: Der Waffenschmied. Kom. Oper von Vorling. 19.30 bis 22 Uhr (7.-). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. — Dienstag, 25. Nov. Auber Miete: Einmaliges Gastspiel des Spanischen Theaters. 20-22.30 Uhr (14.-). — Mittwoch, 26. Nov. *G 9. Th.-Gem. 2. S.-Or. und 1001-1100. Das Kammer des Armen. Trauungsbild von Stefan Zweig. 20-22.30 Uhr (5.-). — Donnerstag, 27. Nov. *D 9 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 601 bis 1000. Der Kaufmann von Benedix. Lustspiel von Schatepeare. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Freitag, 28. Nov. Volksbühne: Novembervorstellung. Der Waffenschmied. Komische Oper von Vorling. 19.30-22 Uhr (7.-). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. — Samstag, 29. Nov. *E 9. Das Nachtigall von Granada. Oper von Konradin Kreuter. 20 bis nach 22 Uhr (7.-). — Sonntag, 30. Nov. Nachm.: Au halben Preisen: Wann kommst du wieder? Lustspiel von Maudsley. 15-17.15 Uhr (3.-). — Abends: *G 9. Th.-Gem. 3. S.-Or. 2. Hälfte und 1201 bis 1300: Raffalt Oper von Verdi. 19.30-22 Uhr (8.-). — Montag, 1. Dez. Sondermiete: „Zeitgenossen“. 2. Vorstellung der Abteilung 1 (weiße Karten) zum ersten Mal: Das fünfte Gebot (Wanted) von Van der Velde. 20 bis nach 22 Uhr.

Im Sächsischen Konzerthaus: Freitag, 28. Nov. *Meine Schwester und ich. Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Bert und Verneuil von Robert Blum. Gefangene und Muffel nach Rold Benardt. 20-22.15 Uhr (3.50). — Sonntag, 30. Nov. *Meine Schwester und ich. Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Bert und Verneuil von Robert Blum. Gefangene und Muffel nach Rold Benardt. 19.30-22.15 Uhr (3.50).

Im der Sächsischen Festhalle: Mittwoch, den 26. Nov. 3. Einfantestager. Solisten: Effe Blum, Wilhelm Kretzschmar, Franz Schuster. 20 bis gegen 22 Uhr (5.-).

Bekanntlich hat sich der Freiburger Münsterbauverein die Erhaltung und Wiederherstellung des Freiburger Münsters seit bereits 40 Jahren zur Aufgabe gesetzt. Der Bau weilt in seinem gegenwärtigen Stande viele und schwere Schäden auf, deren Beseitigung unumgänglich notwendig ist, um ihn vor Verfall zu bewahren. Es wäre bedauerlich für unsere Zeit, wenn sie das historische Kunstgut nicht, wie unsere Vorfahren, denen wir es verdanken, daß dasselbe von einer Generation zur andern bis auf den heutigen Tag vollständig erhalten wurde, auch den kommenden Geschlechtern in einem guten Erhaltungszustand überliefern würde. Freilich erfordert die Erfüllung dieser großen Aufgabe sehr erhebliche Geldmittel, die der Münsterbauverein heute leider nicht mehr besitzt, nachdem er sein Baukapital in der Inflation verloren hat. Er ist deshalb zur Restaurierung und Instandhaltung des Baues auf öffentliche Mittel angewiesen. Hierbei kommt die Geldlotterie in erster Linie in Betracht. Eine solche ist aber nur dann erfolgversprechend, wenn die Lose den gewöhnlichen Absatz finden. Am 6. Dezember ds. J. wird die Ziehung der gewöhnlichen Lose stattfinden. Unter dem Zwang der Verhältnisse ist der Lospreis diesmal wieder auf 1 M. festgesetzt. Möchte jeder Verehrer des Freiburger Münsters durch Kauf eines oder mehrerer Lose, die in allen einschlägigen Geschäften, auch bei der Geschäftsstelle des Münsterbauvereins, Buzgstr. 4, erhältlich sind, das edle Werk unterstützen.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

Leipheimer & Mende
Das Spezialgeschäft für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- u. Haushaltstoffe

WERKSTÄTTE FÜR GERÜSTBAU
Heinrich Kling jun.
Karlsruhe i. B., Sophienstr. 114 / Fernruf 5175

Anzeigen im Volksfreund
Von den politischen Tageszeitungen Mittelbadens die **wahrscheinlichste Bezahlerzahl**
bringen sicheren Erfolg!!

Brauerei Huttenkreuz
St. Martinsbier

Eis- und Mineralwasserfabrik / Bier-Großhandlung
KETTERER-BIER
Lieferung an Jedermann — Schnellste und reelle Bedienung
Merz G. m. b. H. Hirschstraße 30 Fernruf 7629

Fridolin Morlock
Werkstätte feiner Maß-Schneiderei für Damen und Herren
Spezialität: Sport-Bekleidung
Karlsruhe i. B. / Fernsprecher Nr. 5400

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

Essigfabrik Karlsruhe (Baden)
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Augartenstraße 75 Telefon 312
Qualitätsmarken — Garantiert reine Gärungsprodukte

K. GÖSSEL / Karlsruhe, Kriegsstraße 97
Telephon Nr. 6938/39
Baumaterialien und Marmor, Platten-Spezialgeschäft
Ausführungen in: Wand- und Bodenplatten aller Art, Asphalt-, Dachdeckungs- und Zementarbeiten
Fabrikation in: Kunststeinen, Zement- und Marmorwaren aller Art

Herren-Artikel

von **Burchard**

Popeline-Oberhemd 5.90
farbig oder weiß, mit unterfütterter Brust

Herren-Nachthemd 4.90
fest Wäschestoff, m. hübsch. echtfarb. Besatz

Sportstrumpf 2.45
gemustert, reine Wolle

Herren-Socken -0.85
reine Wolle, gestriekt

Sporthemd 4.90
mit Kragen und passendem Binder

Neu aufgenommen:
Herren-Gamaschen 1.90
gute Filzqualität, mit Lederriemen

Küchen

in weiß lackiert, hübsche mod. Form bestehend aus:
1 Buffet in Linol.
1 Tisch m. Linol.
2 Stühle
zu dem billigen Preis von Mk. 125.-

Karl Thome & Co.
KARLSRUHE
Herrenstraße 23
gegenüber d. Reichsb.

Ziehung am 6. Dezbr.

Geld-Lotterie

2892 Gewinne und 1 Prämie

15,000 R.M.
6,000 R.M.
5,000 R.M.
1,000 R.M.

Lospreis 1 RM
Porto und Liste 30 Fig. extra, empfiehlt

Eberhard Metzger
Karlsruhe i. B., Kreuzstr. 23, P. Sch. K. 19378
u. alle durch Filialen kenntl. Verkaufsstellen

Karlsruher Hausfrauenbund

Unsere diesjährige Winternothilfe

Bunter Abend mit Tanz
zum Besten der notleidenden Frauen unserer Stadt, findet **Dienstag, den 2. Dezemb.**, abends 8 Uhr, im großen Saal des neuen Studentenhauses, Parkring 7, statt.
Näheres wird noch bekannt gemacht.

Göttliches und menschliches

URTEIL

über Völkerveröhnung, Abrüstung und Wetttrüben. Öffentl. Lichtbildervortrag
Sonntag, 23. Nov., 7 1/2 Uhr im Vortragssaal Kriegsstr. 84. Jedermann ist willkommen. Eintritt frei. Ref. P. G. Mal.

So billig!

Hemdentuch -30
prima Fabrikate
per Meter Mk. -60 -60

Rauhköper -40
per Meter Mk. 1.- -60 -60

Sportflanell -60
per Meter Mk. 1.20 1.- -60

Bettuchbiber 1.15
weiß, doppeltbreit
per Meter Mk. 1.90 1.60

Große Auswahl in
Jacquarddecken, Kamohaardecken, Divanddecken, Steppdecken, Wolldecken, Regendecken

Lagerbesuch jedermann
Ratenkaufabkommen

Arthur Baer
Kaiserstr. 133
Eingang Hauptstr., gegenüber d. Hotel
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch

Stadtkirche

Sonntag, den 23. November 1930

Bußtags-Konzert 8 Uhr

Max Regger Kantate: „Meinen Jesum laß ich nicht“
Orzel: Introduktion und Passacaglia, d-moll.
Kantate: „Wer nur den lieben Gott läßt walten“
J. S. Bach Orgel: Präludium und Fuge, g-moll.
Fanz - Brüstel-Wieber - Keller - Rumpf-
Baust - Dietrich - Kämpfe - Grabert.
Solisten: Karlsruher Künstler und Musikfreunde.
orchester: Karlsruher Künstler und Musikfreunde.
Chor der Stadtkirche - Madrigal-Verein, der Christuskirche.
Musikalische Leitung: Hans Albrecht Mann.

Eintritt frei - Mitglieder reservierte Plätze

LEBENSBEDÜRFTISVEREIN

Neue süße Mandarinen Pfund 40
Tafeläpfel (Lederreinetten), Pfund 38
Prima Koch- u. Wirtschafts
äpfel solange Vorrat Pfund 22
Schöne russ. Linsen Pfd. 36 u. 50
Weiße ungar. Bohnen Pfund 30
Frankfurter Würstchen Paar 44
GEG - Delikateßwürstchen
in Dosen zu 4 Paar 1.30

Feinste Bismarckheringe
Rollmops u. Geleeheringe
offen und in Dosenpackung
zu billigsten Tagespreisen
Abgabe nur an Mitglieder!

Kirchenchor der Christuskirche

Sonntag, 23. November 30
nachmittags 4 Uhr

Bußtag-Konzert

in der Christuskirche

Mitwirkende: Prof. Dr. Poppen (Orgel)
Frau Müller-Brünnlich (Sop.)
Fritz Böhmisch (Cello)
Hermann Knieper
(musikalische Leitung)

Die passiven Mitglieder haben freien
Eintritt; sonstige Eintrittskarten sind zu
60 Fig. erhältlich am Konzerttage an
der Kirchentüre.

Christl.-Wissenschaftl. Vereinigung (Christian Science Society) Karlsruhe

Wortedienste: Sonntags 9 1/2 Uhr vormittags
Wittmoos 8 Uhr abds. Kriegsstr. 84, Vortragssaal

Ein neuer Beruf!

Die mod. Kunststrickerei

auf der 1931
„Femina-Strickmaschine“
buntfarbige Weiten, Sullaber, Strickfäden
Sportartikel, bringt hoch wertig. Stoffe
lernbar. Günst. Bed. Stropfett gratis. u. franco
Erikotagen- und Strumpfabrik
Neher & Fohlen, Saarbrücken 8

Preis-Abbau!

Mit Wirkung vom Samstag, den 20. November 1930 gelten bis auf weiteres folgende Richtpreise pro Pfund:

Rindfleisch mit Knochen ohne
Schon mit Knochen ohne
Lammfleisch ohne Knochen ohne
Lammfleisch, bratenfertig, ohne Knochen ohne
Schweinebraten ohne Speck, ohne Schwarte, mit Knochen ohne
Schweinekotelett
Schweineschnitzel

Freie Metzger-Innung Karlsruhe

Ihr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Bruchband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Bruchhalsklemmung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Fragen Sie Ihren Arzt. Hat dieser eine Bandage verordnet, dann muß es in Ihrem Interesse liegen, sich eine äußers bequemere, unverwundliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag- und Nachttragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchheilende selbst geheilt. Ich bin wieder in meinem 66. Lebensjahre ein ganzer und stücklicher Mensch! Landwirt, Fr. Sk. schreibt u. a.: „Ich sehe mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen . . . wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“

Bandagen von RM. 15.- an. Für Bruch- und Vorfal-Leidende kostenlos zu sprechen in: Karlsruhe, 23. November, v. 2-6 Uhr und 26. Nov. von 8-11 Uhr im Hotel Lutz, am alten Bahnhof. Nassau, 26. Nov. von 8-12 Uhr im Bahnhofhotel. Bruchsal, 24. Nov., von 1-6 Uhr im Bahnhofhotel „Friedrichshof“. Pforzheim, 26. Nov., von 2-6 Uhr im Hotel Bau.

Außerdem **Leibbinden** nach Maß in garantiert unübertroffener Ausführung.
K. Ruffing, Spezialbandagist, Köln, Richard-Wagner-Straße 16

Wenn schon, - dann aber nur

Weber

Kochherde und Oefen

denn der Name bürgt für
erstklassige Werkarbeit

Der Wunsch jeder Hausfrau
Reichhaltiges Lager von
**Kochherden in verschied. Ausführungen
Gasherde, Oefen etc.**

Lieferung erfolgt gegen Teilzahlung bei kl. Anzahlung u. be-
quemen Monatsraten. - Bei Einkauf eines Herdes bis Weihnachten
1 Wandblech gratis!

G. Dürr, Schützenstraße 34

Farben, Lacke etc.

gebrauchsfertig
für Anstriche aller Art
vorteilh. i. Farbenh. Hans
Waldstr. 15, b Colosseum

Stadtratswahl

Zur Vornahme der Wahl der 16 städt. Räte werden die städt. Ratsmitglieder eingeladen.
Die Wahlberechtigten sind gebeten, sich am Freitag, den 28. November d. J., um 8 Uhr im Rathaus zu versammeln.
Die Wahlberechtigten sind gebeten, sich am Freitag, den 28. November d. J., um 8 Uhr im Rathaus zu versammeln.
Die Wahlberechtigten sind gebeten, sich am Freitag, den 28. November d. J., um 8 Uhr im Rathaus zu versammeln.

Unser **JOB-Papier** und ein **guter Tabak** sind ein Hochgenuß

Drum rauche die **JOB-Zigarette**

sie vereinigt beides

Kentucky Maryland Havanna Extra
3 Pfg. 3 Pfg. 4 Pfg.

Erhältlich in allen Zigarren-Spezialgeschäften

ZIGARETTENFABRIK **JOB G. M. B. H.**
Kehl-Rheinhafen

Klarheit über den 9. November 1918

Erschienen:
ADAM REMMELE

November-Verbrecher

EINE KRIEGSPOLITISCHE STUDIE
46 Seiten, kartoniert - Preis: 70 Pfennig

Kampf dem politischen Dilettantismus

Die neue Schrift des Genossen Remmele wirft ein neues Licht auf die Umstände und Vorgänge, die zum Zusammenbruch des alten Reiches und zur Novemberrevolution von 1918 geführt haben. Mit Hilfe eines reichen Materials an Briefen und Akten demonstriert der Verfasser die Dolchstoßlegende und die desverratshetze gegen die S. P. D. und ihre Führer als erbärmliche Geschichtsfälschung und als Beispiel hemmungsloser Demagogie.

Fort mit den politischen Analphabeten

Lest diese neue Schrift des Gen. Remmele

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernsprecher 777

Warnung!

Hausfassungen zugunsten von Kriegsteilnehmern werden in letzter Zeit unter dem Namen des Reichsbundes der Kriegsteilnehmer, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen vorgenommen.

Berichten, die unter diesem Namen sammeln, sind Schwindler und wollen sofort der Polizei angezeigt werden, denn der Reichsbund der Kriegsteilnehmer usw. läßt in diesem Jahre keine Hausfassungen vornehmen.

Wohl haben wir mit unseren 2000 Mitgliedern als weitaus größte Kriegssopfer-Organisation in Karlsruhe auch in diesem Jahre wieder eine ganz ansehnliche Zahl von Kriegswaffen zu beschaffen.

Wir bitten aber auf diesem Wege um freiwillige Spenden für unsere diesjährige Kriegswaffenbeschaffung und zwar durch Einzahlung auf unser Bankkonto Nr. 428 oder Abgabe in bar auf unserer Geschäftsstelle, Kriegsstraße 200, ehem. Proviantamt, 2. Stock, Zimmer 8.

Reichsbund der Kriegsteilnehmer, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen - Ortsgruppe Karlsruhe

Bayerische Gebirgs-Kartoffel

rote und gelbbelbige, werden frei ins Haus geliefert, à Str. 3 RM.
Telephon 2681

Pianos

Haben Steinway Schiedmayer Uebel & Lechleiter Gebr. Zimmermann

Lagerbesuch erbeten! Kataloge kostenlos! Teilzahlung, Umtausch, Miete

H. Maurer
Kaisersstr. 76
Ecke Mirschstr.

A. Werthhammer

Malermaler
Luisenstr. 37
Telefon 7365

Ausführung sämtlicher Maler- und Anstreichler-Arbeiten

Solide Arbeit, billigste Berechnung

Brennholz

frei Keller geliefert

Anfeuerholz
fein gespalten Ztr. Mk. 2.60
Hartholz
offenfertig gespalten Ztr. Mk. 2.50
am Lärer abgeholt pro Ztr. 30 Pfg. billiger liefert die

Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
G. m. b. H.
Telefon 5423
Durlacher Allee 88

Quadenmantel, wenig getrag., 1.10-14jähr. Jung billig abzugeben. Z. 84
Gutes Wisenheu zu verkaufen. 791
Franz Gärber
Parksstraße 54. Bannwald-Allee 13.

omene Teigwaren

im Preis bis 20% billiger

bel 7349

BUCHERER
in sämtl. Filialen.

Freie Metzger-Innung Karlsruhe

Preis-Abbau!

Mit Wirkung vom Samstag, den 20. November 1930 gelten bis auf weiteres folgende Richtpreise pro Pfund:

Rindfleisch mit Knochen ohne
Schon mit Knochen ohne
Lammfleisch ohne Knochen ohne
Lammfleisch, bratenfertig, ohne Knochen ohne
Schweinebraten ohne Speck, ohne Schwarte, mit Knochen ohne
Schweinekotelett
Schweineschnitzel

Freie Metzger-Innung Karlsruhe

Preis-Abbau!

Mit Wirkung vom Samstag, den 20. November 1930 gelten bis auf weiteres folgende Richtpreise pro Pfund:

Rindfleisch mit Knochen ohne
Schon mit Knochen ohne
Lammfleisch ohne Knochen ohne
Lammfleisch, bratenfertig, ohne Knochen ohne
Schweinebraten ohne Speck, ohne Schwarte, mit Knochen ohne
Schweinekotelett
Schweineschnitzel